

Entwicklungsperspektiven

Armut und Armutsbekämpfung

Seit 1992 verfolgt die malische Regierung eine multisektorale Politik der Armutsbekämpfung und der Befriedigung der Grundbedürfnisse, welche sich auch in den landesspezifischen Millennium-Entwicklungszielen und Sustainable Development Goals erkennen lassen. Die wichtigsten Entwicklungsprogramme zielen in erster Linie auf einen Ausbau der Basisgesundheitsdienste, der Wasserversorgung sowie des Grundschulwesens ab. Diese Schwerpunkte flossen seit 2002 in die Ausarbeitung von Armutsbekämpfungsstrategien ein. Ein Schwachpunkt in der bisherigen Umsetzung der Strategien ist in der relativ schwachen Beteiligung der Zivilgesellschaft erkennbar.

Ein von der Regierung initiiertes soziales Wohnungsbauprogramm, in dessen Rahmen bis 2018 annähernd 13.000 Wohneinheiten errichtet wurden (Endziel: bis zu 50.000 Wohneinheiten), zielte in erster Linie auf die kleine städtische Mittelschicht ab. Die Armutslage hat sich jedoch seit 2020 durch die politische Instabilität, zwei Militärputsche und die Ausweitung der Konflikte massiv verschlechtert, wobei laut Weltbank mittlerweile über 45 Prozent der Bevölkerung unter der extremen Armutsgrenze leben, und die Inflation die Grundbedürfnisse zusätzlich belastet.

Nationale und ausländische Entwicklungsanstrengungen

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Regierung und ihre Kritiker die Entwicklungsplanungen und -perspektiven bis Mitte 2020 unterschiedlich bewerteten. Während die Regierung ihre Erfolge und die von ihr und ihren Vorgängern initiierten Programme, wie beispielsweise das [PDES](#), hervorhebt, zeichneten ihre Kritiker ein wesentlich pessimistischeres Bild der Situation bis Mitte 2020, und übten bisweilen scharfe Kritik

an den Regierungsprogrammen aus.

Nach den Militärputschen von 2020 und 2021 verschlechterten sich die Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft aber erneut dramatisch. Die malische Militärregierung wandte sich von Frankreich und anderen westlichen Partnern ab und suchte stattdessen militärische Unterstützung bei Russland, zunächst durch die Söldnergruppe Wagner ab 2021, später durch das sogenannte Afrika-Korps. Die UN-Friedensmission [MINUSMA](#), an der Deutschland mit bis zu 1.400 Soldaten beteiligt war, wurde auf Drängen der malischen Regierung zum Jahresende 2023 beendet, nachdem der UN-Sicherheitsrat im Juni 2023 einstimmig das Ende des Mandats beschlossen hatte. Deutschland zog seine Truppen bereits im Dezember 2023 ab. Der Abzug hinterließ ein Sicherheitsvakuum, das die ohnehin fragile Lage im Norden und Zentrum des Landes weiter verschärfte.

Ausländische Entwicklungsanstrengungen

Als einstiges demokratisches Musterland hatte Mali bis zum Militärputsch Anfang 2012 in hohem Maße von Unterstützungsleistungen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit profitiert. So stellten die wichtigsten Geber dem Land für den Zeitraum 2008 bis 2012 insgesamt 3,2 Mrd FCFA-Entwicklungshilfe in Aussicht, dies im Jahr 2008. 2011 wurden annähernd 30 Prozent der Staatsausgaben aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

Infolge des Militärputsches im 2012 erfuhr die internationale Entwicklungszusammenarbeit einen schweren Rückschlag. Dies änderte sich erst, als die malische Regierung die Wiederherstellung der Demokratie beschloss. Im Rahmen einer internationalen Geberkonferenz im Mai 2013 wurden Mali über 3,2 Mrd. Euro vornehmlich für die Wiederankurbelung der Wirtschaft zugesagt.

2016 war Deutschland nach den USA, Frankreich und Kanada das viertwichtigste Geberland. Die wichtigsten multilateralen Geber waren die EU, die Weltbank und die Afrikanische

Entwicklungsbank.

Im Jahr 2023 verabschiedete die Militärregierung eine neue Verfassung, die ein präsidentiales Regierungssystem sowie die Bildung einer zweiten Parlamentskammer vorsieht. Die für eine Rückkehr zur Demokratie mehrfach angekündigten Wahlen wurden jedoch wiederholt auf unbestimmte Zeit verschoben. Im Januar 2025 verschärfte Übergangspräsident [Assimi Goïta](#) die autokratische Ausrichtung des Regimes erheblich, indem er per Dekret jegliche politische Aktivität und alle Parteien verbot. Das Dekret erklärte zudem, dass seine fünfjährigen Amtszeiten ohne Wahlen beliebig verlängert werden können, womit faktisch eine Militärdiktatur etabliert wurde.

Folgende Links führen Sie zu landesspezifischen Aktivitäten einzelner Institutionen und Organisationen:

[AFD](#)

[SNV](#)

[CIDA](#).

Deutsche Entwicklungs- und Hilfsorganisationen in Mali

Mali war seit dem Jahr 2000 ein Schwerpunktpartnerland der deutschen und schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen des Dreijahres-Programms 2009-2011 sagte die Bundesregierung dem Land insgesamt 110 Mio. Euro als nicht-rückzahlbaren Zuschuss zu, was einer erheblichen Steigerung im Vergleich zum Zeitraum 2006-2008 (72 Mio. Euro, 2003-2005: 67 Mio. Euro) entsprach. Infolge des Militärputsches im Jahr 2012 wurde die Entwicklungszusammenarbeit mit Mali vorläufig ausgesetzt. Anfang 2013 begann jedoch die schrittweise Wiederaufnahme der Zusammenarbeit. Hiermit wurden die Bemühungen der Übergangsregierung um eine Wiederherstellung der Demokratie gewürdigt.

015 sagte die Bundesregierung Mali für das Dreijahresprogramm 2015-2017 73 Mio. Euro zu. 2016 und 2017 machte sie dem Land weitere Zusagen in Höhe von insgesamt 58 Mio. Euro. Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit sind die Förderung

der Dezentralisierung und guten Regierungsführung (einschließlich Rohstoffgovernance), die Förderung einer produktiven und nachhaltigen Agrarwirtschaft sowie der Ausbau der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

Trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen nach den Putschen setzte Deutschland seine Entwicklungszusammenarbeit mit Mali fort, wenngleich in angepasster Form. Die Bundesregierung betonte, dass Mali trotz des Endes des militärischen Engagements weiterhin auf Unterstützung angewiesen sei. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit blieben Dezentralisierung, gute Regierungsführung, nachhaltige Landwirtschaft sowie Wasser- und Sanitärversorgung. Gleichzeitig verlagerte Deutschland sein Engagement teilweise in Nachbarländer, insbesondere Niger, wo im März 2023 eine neue EU-Militärpartnerschaftsmission begann, an der sich deutsche Soldaten beteiligten.

Folgende Links führen Sie zu landesspezifischen Aktivitäten deutscher Institutionen und Organisationen:

[Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit](#)

[Kreditanstalt für Wiederaufbau](#)

[Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

[Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

[Welthungerhilfe](#)

[Eirene](#)

[Solisa Freundeskreis](#)

[Eine-Welt Nordenham e.V.](#)

[Partnerschaft für ländliche Entwicklung in Afrika e.V.](#)

[Sterntaler für Afrika e.V.](#)

[Mali-Hilfe e.V.](#)

[LAG Mali](#)

[Häuser der Hoffnung.](#)

[Im Dogonland](#) (Region Mopti) ermöglicht die von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geförderte Errichtung von Kleinstaudämmen eine Ausweitung des bewässerten Gemüseanbaus.

Gesellschaft & Kultur

Gelegen im Übergangsbereich zwischen Nord- und Westafrika weist das vom Islam geprägte Land eine hohe ethnische und kulturelle Vielfalt auf.

Anteil alphabetisierte Erwachsene 33,4 %

Bedeutende Religionen Islam (ca. 90 %), Naturreligionen

Städtische Bevölkerung 42 % (2018)

Lebenserwartung (w/m) 58 / 54 Jahre (2016, geschätzt)

Gender Inequality Index Rang 157 von 160 (2017)

Anzahl der Geburten 6,01 / Frau (geschätzt, 2017)

Kindersterblichkeit 100 / 1000 Lebendgeburten (2016, geschätzt).

Regionalismus, Ethnizität und Tribalismus

Aufgrund seiner Lage im Übergangsbereich zwischen Nord- und Westafrika sowie einer langen Abfolge von Migrationsbewegungen ist Mali ein Vielvölkerstaat, der von einer großen kulturellen und sprachlichen Vielfalt geprägt wird. Ausgeprägte Unterschiede bestehen hinsichtlich dessen insbesondere zwischen den vornehmlich im Norden lebenden hellhäutigen Volksgruppen der [Tuareg](#) und der [Mauren](#), und der im Zentrum und Süden des Landes dominierenden dunkelhäutigen Bevölkerungsgruppen.

Die zahlenmäßig mit weitem Abstand größte Ethnie sind die [Bambara](#), welche zusammen mit den kleineren verwandten Ethnien der [Malinké](#) und [Dioula](#) ca. 51 % der Bevölkerung ausmachen. Weitere größere Ethnien sind [Fulbe](#) (11 %), [Sarakollé](#) (9 %), [Senoufo](#) (9 %) und [Songhay](#) (7 %). Die restliche Bevölkerung verteilt sich auf verschiedene kleinere Ethnien wie [Dogon](#), [Bozo](#), [Bobo](#), [Tuareg](#) und [Mauren](#).

Die originären Siedlungsgebiete der einzelnen Ethnien weisen auch als Folge von Migrationsbewegungen eine Reihe von Überlagerungen auf und sind vielfach nicht eindeutig voneinander trennbar. So ist zum Beispiel das

Hauptsiedlungsgebiet der Dogon in Zentralmali seit einigen Jahrzehnten immer stärker von Abwanderung geprägt, mit der Folge, dass heutzutage bereits mehr Dogon außerhalb des Dogonlandes als im Dogonland selbst leben.

Bei den traditionell (halb-)nomadischen Tuareg und Mauren lassen sich in zunehmendem Maße Tendenzen der Sesshaftwerdung erkennen, welche in vielen Fällen in Zusammenhang mit sich wandelnden ökologischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen stehen.

Der Anteil der nomadischen Bevölkerung ist seit Jahrzehnten rückläufig und wird auf fünf bis zehn Prozent der Gesamtbevölkerung geschätzt, wobei die anhaltenden Konflikte und Klimaveränderungen diese traditionelle Lebensweise zunehmend erschweren.

Aus dem Nordosten der [Region Mopti](#) wurden 2011 Gewalttaten von [aus Niger](#) zugewanderten [Fulbe](#) gemeldet, die das friedliche Zusammenleben zwischen Fulbe und Tuareg zu bedrohen begannen.

Wichtigste Nationalsprache ist die zur Gruppe der Mande-Sprachen gehörende [Bambara-Sprache \(Bamanankan\)](#), die zunehmend zur Lingua Franca Malis geworden ist und von zirka 80 Prozent der malischen Bevölkerung gesprochen wird. Mittlerweile existiert auch ein Bambara-Online-Lexikon. Hoch angesehen sind Grundkenntnisse der zu vielen Anlässen ausgesprochenen Segenswünsche. Die Amtssprache ist Französisch.

Die ethnischen Spannungen verschärften sich seit 2020 erheblich. Im Norden und Zentrum des Landes kam es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volksgruppen, wobei dschihadistische Gruppen die Konflikte gezielt für ihre Zwecke ausnutzten. Die Beziehungen zwischen der malischen Regierung und den [Tuareg](#)-Gemeinschaften im Norden verschlechterten sich nach 2021 dramatisch. Im Jahr 2024 kündigte die Militärregierung das [Friedensabkommen von Algier](#) von 2015 auf, was zu neuen Kämpfen im Norden führte. Die Gewalt gegen Zivilisten nahm zu, wobei sowohl

islamistische Milizen als auch Regierungstruppen und ihre russischen Unterstützer für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wurden.

Soziale Lage und soziale Klassen

Die Masse der malischen Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze und bestreitet ihren Lebensunterhalt weitestgehend durch Tätigkeiten in der Agrarwirtschaft und zunehmend auch im informellen Sektor.

Die Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz im modernen Wirtschaftssektor (Industrie und Dienstleistungen) zu finden, beschränken sich weitgehend auf die Städte. Aufgrund der Schwäche des modernen Wirtschaftssektors und der anhaltend hohen Zuwanderung aus dem ländlichen Raum stellt die Arbeitslosigkeit auch in den Städten ein ernstes Problem dar, wovon auch zahlreiche Hochschulabsolventen betroffen sind. Hieran konnten bislang auch staatliche Förderprogramme nur wenig ändern.

Gewerkschaften engagieren sich unter anderem gegen Arbeitsplatzabbau in Folge der Privatisierung staatlicher Unternehmen und für bessere Arbeitsbedingungen in den Goldminen. Streiks von Minibusfahrern und Kleinhändlern beeinträchtigten mehrfach das öffentliche Leben in [Bamako](#).

Stadt-Land-Verhältnis und Migration

In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil der städtischen Bevölkerung stark zugenommen, wobei die dafür verantwortliche Hauptursache in einer massiven Land-Stadt-Wanderung liegt. Die Gründe für die Abwanderung aus dem ländlichen Raum waren komplex und umfassen sowohl ökonomische, soziale und ökologische Ursachen. Bestrebungen der Regierung, die Abwanderung vom Lande zu reduzieren, erwiesen sich bislang meist als kaum erfolgreich.

Von hoher Bedeutung erfolgte die Auswanderung, die vielfach unter gefährlichen Bedingungen. In vielen Fällen investieren

Familien relativ hohe Geldbeträge, um jüngeren Familienmitgliedern die Auswanderung nach Europa zu ermöglichen, die angesichts der zunehmenden Abschottung Europas immer schwieriger wird. Schätzungsweise drei bis vier Mio. Malier lebten 2020 dauerhaft außerhalb der malischen Staatsgrenzen, insbesondere an der [Elfenbeinküste](#) sowie anderen Nachbarstaaten. Unterschiedlichen Schätzungen nach lebten damals 200.000 bis 300.000 Malier in Frankreich, wovon ein Teil keinen gültigen Aufenthaltsstatus besitzt. Aus Frankreich und aus [Algerien](#) wurden zahlreiche Zwangsabschiebungen malischer Emigranten gemeldet, wobei die Selbstorganisation von Abgeschobenen in Mali selber allmählich an Bedeutung gewann.

Für zahlreiche Migranten aus dem subsaharischen Afrika ist Mali auch heute, 2026, ein wichtiges Transitland in Richtung Nordafrika und Europa. Schon während des ersten [libyschen Bürgerkriegs](#), und über das Kriegsende hinaus, wurden zahlreiche malische Immigranten in Internierungslagern festgehalten.

Die Migrationsbewegungen verstärkten sich seit 2020 aufgrund der anhaltenden Sicherheitskrise und der wirtschaftlichen Not. Hunderttausende Menschen wurden innerhalb Malis zu Binnenvertriebenen, die vor Gewalt und Konflikten flohen. Gleichzeitig setzte sich die Auswanderung nach Europa fort, trotz zunehmend restriktiver Migrationspolitik. Der Austritt Malis aus der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft [ECOWAS](#) im Januar 2024, gemeinsam mit [Burkina Faso](#) und [Niger](#), erschwerte die Bewegungsfreiheit innerhalb der Region zusätzlich. Die drei Staaten gründeten im September 2023 die Allianz der Sahelstaaten und formalisierten im Juli 2024 ihre Zusammenarbeit zur [Konföderation der Sahelstaaten](#), wodurch sie sich weiter von ihren westafrikanischen Nachbarn distanzieren.

Nach Schätzungen von 2024 leben zwischen vier und sechs Millionen Malier dauerhaft im Ausland, wobei mehr als die

Hälfte in westafrikanischen Nachbarstaaten wie der [Elfenbeinküste](#), [Senegal](#) und [Mauretanien](#) ansässig sind, während sich in Frankreich etwa 150.000 offiziell registrierte Malier aufhalten.

Geschlechterverhältnis

In Mali – wie auch in vielen anderen Staaten Afrikas – sind Frauen weitgehend gegenüber der männlichen Bevölkerung benachteiligt. Dies gilt sowohl hinsichtlich des Zugangs an Bildung und Beschäftigung, als auch des sozialen und ökonomischen Status von Frauen. Unterschiede zwischen den verschiedenen Ethnien bestehen jedoch. Bei den [Bambara](#) beschränkt sich der Einflussbereich der Frauen weitgehend auf das Familiengehöft, während die Vertretung der Familieninteressen auf dem Niveau der Dorfebene die Männer wahrnehmen. Im Vergleich zu anderen Ethnien herrscht bei den [Tuareg](#) eine weitgehende Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern.

Die weitverbreitete Migration und zunehmenden Probleme, traditionelle soziale Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten oder durch neue Systeme zu ersetzen, haben häufig negative Auswirkungen auf die Lebenssituation der weiblichen Bevölkerung sowie auf Aktivitäten zur Verbesserung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen. Obgleich Frauen traditionell eine bedeutende Rolle im Marktwesen spielen, lässt sich besonders in den Städten eine zunehmende berufliche Dynamik von Teilen der weiblichen Bevölkerung beobachten.

In der malischen Verfassung ist der Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter festgeschrieben. Zudem hat Mali internationale Konventionen zur Beseitigung jeglicher Benachteiligung aufgrund von Geschlecht und Rasse ratifiziert. Dennoch existiert eine gesetzlich verankerte Benachteiligung der Frauen in jenem Sinne, dass nach malischem Heiratsrecht eine Ehefrau nach der Scheidung kein Anrecht auf ihre Kinder hat, sodass Kinder im Scheidungsfall in der Regel beim Vater

verbleiben. Der traditionellen Praxis folgend können Väter ihre Töchter gegen ihren Willen verheiraten, wodurch in manchen Fällen ein sehr frühes Heiratsalter zu beobachten ist. Die Polygamie ist noch weit verbreitet.

2011 verabschiedete die Regierung ein neues Familiengesetz. Das Gesetz gilt als wesentlich konservativer als der ursprüngliche Gesetzentwurf, der insbesondere die Rechte der weiblichen Bevölkerung gestärkt hätte. Letzterer war auf die entschiedene Ablehnung seitens einflussreicher islamischer Vereinigungen und eines Teils der Bevölkerung gestoßen. Obwohl nahezu alle Parlamentsabgeordnete für den Entwurf des neuen Familiengesetzes gestimmt hatten, verweigerte der damalige Präsident die Unterzeichnung des ursprünglichen Gesetzentwurfs. Da das neue Gesetz die Gesellschaft zu spalten drohe, verwies er den Gesetzentwurf zwecks Überarbeitung an das Parlament zurück. In dem überarbeiteten Gesetzentwurf fanden zahlreiche Forderungen der islamischen Vereinigungen Berücksichtigung. Teile der Zivilgesellschaft und insbesondere Frauenrechtsvereinigungen kritisierten hingegen das neue Gesetz als einen Rückschritt.

In Mali findet sich eine Vielzahl von NGOs, die sich für eine bessere Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Leben einsetzen. Sie sind zudem bemüht, Frauen für konkrete gesellschaftliche Themen, die keine reinen Frauenfragen ausmachen, zu inspirieren. Seit 1997 orientiert sich das Ministerium in Richtung Förderung von Frauen, Kindern und Familien, indem es regelmäßig Berichte zur Lage von Frauen veröffentlicht – angelehnt an einem genderorientierten Gleichstellungsansatz. In der Realität allerdings besetzen Frauen öffentliche Ämter und insbesondere Entscheidungspositionen in weitaus geringerem Maße.

Die fortbestehend erheblichen Ungleichheiten zwischen der männlichen und weiblichen Bevölkerung werden in der sehr schlechten Einstufung Malis im Gender Gap Report (2018: Rank 143 von 149 bewerteten Staaten) deutlich. Dieser analysiert

die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Situation von Frauen und Mädchen verschlechterte sich seit 2020 zusätzlich durch die multiplen Krisen. In konfliktbetroffenen Gebieten nahm sexualisierte Gewalt dramatisch zu, während der Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten weiter eingeschränkt wurde. Frühverheiratungen blieben weit verbreitet, wobei mehr als die Hälfte der Frauen vor dem 18. Lebensjahr verheiratet wird. Die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung besteht fort. In ländlichen und konfliktbetroffenen Regionen hinderten Unsicherheit und sexualisierte Gewalt viele Mädchen am Schulbesuch. Gleichzeitig lassen sich in den Städten weiterhin Tendenzen zunehmender beruflicher Dynamik von Teilen der weiblichen Bevölkerung beobachten, wenngleich Frauen in Entscheidungspositionen stark unterrepräsentiert bleiben.

Mikrosoziale Struktur

Die traditionelle Gesellschaftsordnung wird von Hierarchien geprägt: Man wird in ethnische Gruppen hineingeboren, die in Kasten unterteilt sind. Wobei zwischen den Ethnien Unterschiede bestehen können. Neben der Kaste «der Noblen» gibt es Handwerkerkaste, die Kaste der Jäger sowie die Kaste der Griots. Jede Kaste verfügt über spezifische Aufgaben, Rechte und Pflichten, welche für die Bedeutung und Stellung jeder Kaste im sozialen Gefüge ausschlaggebend sind. In zahlreichen Ethnien bestehen zudem die Kasten «der ehemaligen Sklaven». So teilt sich beispielsweise die [Fulbe-Gesellschaft](#) in drei Kasten auf: «Noble», Handwerker und Künstler (Weber, Schmiede, Griots) und Nachkommen ehemaliger Sklaven, die vielfach heute noch hoher Stigmatisierung ausgesetzt sind. Auch bei den [Tuareg](#) gibt es traditionellerweise eine Unterteilung in Noble und «Abhängige» (Bellah). Viele [Bellah](#) konnten sich jedoch aus den Abhängigkeitsbeziehungen lösen und haben bis anhin weitgehende Eigenständigkeit erreicht. Dennoch existieren auch weiterhin Berichte über Fälle von sklavenähnlichen Abhängigkeitsbeziehungen. Eine Vereinigung

von Betroffenen fordert seit einiger Zeit Entschädigung sowie ein konsequenteres Vorgehen der Regierung gegen offene und verdeckte Sklaverei.

Insbesondere in den ländlichen Regionen spielen Traditionen noch immer eine beachtliche Rolle. In den Städten hingegen lassen sich erhebliche Wandlungsprozesse auf mikrosozialer Ebene beobachten, welche sich an veränderten Lebensstilen und einer sich wandelnden Einstellung zu Traditionen erkennen lassen. Als Ursachen für die angesprochenen Wandlungsprozesse sind beispielsweise Migration und Schulbesuch zu nennen. Angesichts unzureichender staatlicher Grundsicherungssysteme spielen jedoch weiterhin in den Großfamilien soziale Netzwerke und Solidarität eine sehr große Rolle zur Absicherung und für das Überleben vieler unter ärmlichen Bedingungen lebender Menschen.

Die Redaktion, Frau S. Keller, überarbeitete diesen Text *überwiegend*. Die ursprünglichen Texte entstammen dem Länderportal der GIZ; ursprünglicher Verfasser: Kai Uwe Seebörger. Die Urheber wurden über unsere Weiterverwendung informiert.

□□□□□□*□□□□□□□□

Die Beitrag-Links führen zu den entsprechenden Orten auf der Weltkarte und weiterführenden Informationen.

